

Reformbedarf der Nachrichtendienste

Autor(en): **Ott, Charles**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **80 (2005)**

Heft 3

PDF erstellt am: **19.03.2021**

Persistenter Link: <http://doi.org/10.5169/seals-714995>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Reformbedarf der Nachrichtendienste

Nicht mehr primär militärische Ziele

Die nationalen Nachrichtendienste (ND) wurden vor allem im Kalten Krieg systematisch aufgebaut, um Strategien, Ausrüstung und Absichten des wahrscheinlichen Gegners, d.h. der USA resp. der Sowjetunion systematisch zu erforschen und frühzeitige Warnungen an die eigene Regierung zu gewährleisten. Angeblich haben die ND diesen Auftrag bisher schlecht oder gar nicht erfüllt, sie sollten deshalb reformiert werden. Dies umso mehr, als die Gegner von staatlichen zu nicht-staatlichen Organisationen gewechselt haben und die Ziele nicht mehr primär militärische Ziele, sondern zivile Schlüsselziele oder andere spektakuläre Objekte sind.

Die Hanns Seidelstiftung hat kürzlich rund 50 Experten aus aller Welt eingeladen, über die Probleme und den Reformbedarf der ND zu beraten.

Probleme des Nachrichtendienstes

In allen vertretenen Diensten haben die Analysten Schwierigkeiten, die nötigen Informationen zu beschaffen, auf ihren



Dr. Charles Ott,
Oberst i GSt,
Vico Morcote

Wahrheitsgehalt zu überprüfen und die Auswertung effizient und zeitgerecht an die Auftraggeber weiterzuleiten. Dort werden sie zudem oft zu wenig rasch gelesen und beachtet. Auch erfahrene Experten laufen Gefahr, dass sie gewisse Informationen überbewerten, vor allem wenn sie gut in ihr erarbeitetes strategisches Bild passen. Sie geben auch vorzugsweise Informationen weiter, von denen sie wissen, dass der Empfänger sie gerne hört und dass sie daher karrierefördernd sind.

Auftrag der Nachrichtendienste

Diese Dienste arbeiten diskret und sind daher mit viel Fantasie umgeben, sodass sie als Spionageorganisationen, Geheimdienste oder als Spezialdienste betitelt werden.

Im Nachgang zum Kalten Krieg sind sie eher beschränkt auf

- die offizielle Informationsbeschaffung zuhanden der Regierung sowie
- das offizielle Frühwarnsystem gegen Bedrohungen im nationalen und/oder internationalen Bereich bezüglich Gut, Leib und Leben der Bevölkerung.

Die ND erhalten ihre Aufträge konkret oder generell von der Regierung. Die Medien vermitteln dagegen Informationen, von denen sie annehmen, dass sie ihre Leser interessieren könnten. Meistens werden diese Meldungen von ihnen nicht überprüft, sondern möglichst rasch als Sensation ohne Bewertung per Radio, Fernsehen oder Druckmedium verbreitet. Hauptsache ist somit nicht die Wahrheit und Richtigkeit, sondern die Sensation zur Erzielung einer möglichst hohen Leser-, Hörer- resp. Zuschauerquote.

Dagegen sind die offiziellen ND verpflichtet, die erhaltenen ND auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen resp. eine weitere Quelle mit der gleichen Meldung zu finden. Zudem müssen die diplomatischen Quellen ihre Meldung kommentieren resp. beurteilen, um so die zentrale Beurteilung durch die Heimbasis zu erleichtern. Daher können die offiziellen Informationen meist nie die schnellsten sein, zumal die Funktionäre meist nicht wie die Journalisten über ständige regionale «Informations-Ticker» verfügen.

Die Beurteilung von Informationen ist je nach Betrachtungsweise unterschiedlich, da sie politisch, wissenschaftlich, wirtschaftlich oder gar juristisch geprägt ist und so zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen führt.

Informationsquellen

Meist nimmt der Laie an, dass die Informationen nicht ganz legal und eher willkürlich beschafft werden. Es bestehen aber klare Konzepte, in welchem Bereich der Informationsbeschaffer solche zu beschaffen hat. Die meisten Funktionäre sind gleichzeitig Verbindungsleute zwischen dem Heim- und dem Gaststaat. Sie sind daher zur Einhaltung der bestehenden Vorschriften verpflichtet. Ein bewusstes, zielgerichtetes Informationsstudium genügt in den meisten Fällen, dass die so genannten offenen Quellen bei intensiver Bearbeitung genügend Informationen liefern. Nützlicherweise werden sie durch gezielte Fragen an kompetente Stellen ergänzt und werden neustens durch systematisches Durchstöbern des Internets unterstützt.

Sicher finden sich auch bewusst manipulierte oder unbewusst falsche Informationen, welche aber in der Phase der Bewertung und Beurteilung durch erfahrene Analysten fast immer als solche erkannt werden.

Da die Informationen immer wieder einen gewissen Unsicherheitsgrad aufweisen, ist es nötig, dass die zentrale Analyse durch verschiedene Organe resp. noch besser durch ein gemeinsames Intelligenz-Komitee erfolgt. So kommen die Spezialkenntnisse der einzelnen Analysten voll zum Tragen, aber auch die Gefahr einer Manipulation zuhanden des politischen Auftraggebers wird so minimiert (Beispiel: Joint Intelligence Committee in Grossbritannien).

Private Informationsbeschaffung

In den letzten zehn Jahren wurde die Aufgabe der Nachrichtenbeschaffung sektoriell oder punktuell vermehrt ausgelagert (outsourcing). Entweder fehlten die entsprechenden eigenen oder regionalen Experten. Auch ein grosser Zeitdruck kann zum Outsourcing spezifischer Aufträge analog der Privatwirtschaft führen. Generell wird die Privatisierung gewählt, um

- a) den finanziellen Beschaffungsaufwand zu beschränken,
- b) die Beschaffungswege/-mittel sowie die Beurteilung zu diversifizieren und/oder
- c) die Beschaffung und Bewertung durch langjährige, erfahrene Experten effizienter zu gestalten.

Diesen Experten stehen meist ausgezeichnete Erfassungs- und Auswerteprogramme in Computerprogrammen zur Verfügung. Sie können zudem spezifische Bevölkerungsumfragen organisieren und so auf präzise Fragestellungen gute Erkenntnisse erarbeiten. Bekannt sind vor allem einzelne Institutionen und Universitätsabteilungen in Grossbritannien und den USA, welche strategische Studien betreiben, durch grosse Kontinuität wertvolle Datenbasen erarbeiten und durch periodische Auswertung spezielle Erkenntnisse finden. Warum die Privatisierung keine Patentlösung sein kann, ergibt sich aus den Überlegungen, dass

- a) so die offiziellen Analyistentams zu wenig eigene Erfahrung sammeln können,
- b) die private Arbeit in Krisen- und Konfliktzeiten stark behindert ist und
- c) die Kontrolle der erarbeiteten Informationen zu wenig ausgeübt werden kann.

Dies obwohl die staatlichen Organe sich in ihren Entscheidungen gerne auf diese angeblich wissenschaftlichen Erkenntnisse

abstützen (Irak!).

Die private Nachrichtenbeschaffung hat die Vorteile, Erfahrungen auch aus dem zivilen Bereich anzuwenden. Gleichzeitig verfügen die privaten Firmen auch meist über direkte Kontakte zum Auftraggeber, können so ihre Ergebnisse rascher an den Mann bringen und evtl. Missverständnisse sofort korrigieren. Leider besteht aber auch das Risiko, dass der Private seine Spezialkenntnisse anderweitig «vermarktet».

Seit die Terrorbekämpfung in den Vordergrund gerückt ist, ist die private Beschaffung weniger gefragt, da weniger bleibende generelle Erkenntnisse zu erarbeiten sind. Hingegen für die Beschaffung strategischer Grundlagen, sogar mit eigenem privaten Satellit, ist eine globale Ausnutzung der Quellen wohl möglich, dies z.B. über die generellen Ursachen von Terrorismusgruppen. In Russland bestehen rund 2000 solcher Organisationen, die aber meist durch ehemalige Geheimdienstleute geführt werden und so bezüglich Glaubwürdigkeit eher fragwürdig sind.

Private Dienste dürfen nicht dazu verwendet werden, für ihre Aufträge bestehende Rechtsnormen zu umgehen. Auch dürfen ihre Erkenntnisse nur verwendet werden, wenn sie auf legale Weise beschafft worden sind (?). Der Einsatz privater Nachrichtenbeschaffer enthebt die Regierung nicht ihrer Verantwortung. Falls sie auf Grund von Falschinformationen falsch entscheiden (siehe Irak), tragen sie demnach trotzdem für ihre Handlungen die volle Verantwortung.

Reformvorschläge

Kooperation vordringlich:

Die Terroristen arbeiten heute in weltweiten Netzen, z.B. im Fall 11. September waren Leute von Japan, arabischen Ländern, Deutschland und den USA beteiligt und erhielten Geld von Kolumbien. Konsequenterweise müssen die Abwehrdienste auch zusammenarbeiten. Ihre Probleme beginnen jedoch schon intern, da Polizei und Militär meist autonom arbeiten und im internationalen Bereich die staatliche Souveränität, eine enge Zusammenarbeit und einen ausgeglichenen Informationsaustausch behindern.

Es ist daher notwendig, dass die ND international und national eine enge Kooperation vor allem für die Hauptgefahren der Massenvernichtungsmittel und des Terrorismus aufbauen und pflegen.

Die Bekämpfung des Terrorismus ist schwieriger als die gegnerische Überwachung im Kalten Krieg, da ihre Aktionen immer möglichst total geheim, unerwartet und innovativ sind. Terrorismus ist zudem nicht klar definiert, indem einzelne Akteure als religiöse Eiferer, Freiheitskämpfer oder als Nationalhelden deklariert werden und so ihre Verfolgung erschweren. Al

Quaida ist nur eine der erkannten Terrorgruppen, sie lenkt daher von andern Splittergruppen ab, die einander kaum kennen und nur für ein einzelnes Segment einer Grossaktion eingesetzt werden. Ihre erfolgreiche Bekämpfung bedingt eine ständige zentrale Expertengruppe (analog Frankreich und Grossbritannien), welche national und international die Aktivitäten von Randgruppen ständig überwacht.

Wirkungsvolles Frühwarnsystem:

Hauptaufgabe der ND ist das Erstellen und Führen einer glaubwürdigen Wissensbasis über die einzelnen Bedrohungsquellen. Dabei ist eben heute die Vorwarnzeit weder Jahre noch Stunden, sondern Minuten. Ohne Vorwarnung in einem gewissen Gefahrensegment kommt die Abwehr der staatlichen Gewaltorgane immer zu spät und kann nie genügend präventiv für Krisenmanagement und Gefahrenabwehr aktiv werden.

Undankbar für die ND ist, dass sie das einzige System sind, welches Informationen für eine mögliche Terrorvermeidung erarbeitet und das über entsprechende Organisation, Instrumente und Verfahren verfügt. Da Gewaltakte meist nicht ganz verhindert werden können, sind die ND stets das Ziel öffentlichen Unmuts, obwohl sie ja nur für eine rechtzeitige Warnung, nicht aber für eine wirksame Terrorbekämpfung verantwortlich sind. Falls befürchtete Gewaltakte nicht eintreffen, z.B. weil die Warnung rechtzeitig erfolgte, sind die ND trotzdem Ziel von Misstrauen, da sie angeblich zu pessimistisch oder zu ängstlich, daher zu kostspielig und zu wenig effizient seien.

Eindämmung der Bürokratie:

Die langsame und meist unerfahrene Bürokratie verhindert sehr oft eine rechtzeitige Vorwarnung. So haben die Terrorakte in den vergangenen Jahren in Deutschland, Frankreich, Japan und der Türkei, aber auch die Vorwarnungen zum 11. September 2001 (z.B. 1. Angriff auf das WTC im Jahr 1995, aber auch der Angriff auf die Pariser Metro) nicht zu den nötigen Vorsichtsmassnahmen geführt. Nach New York war es immer noch möglich, Terrorakte in Istanbul, Madrid usw. zu vollstrecken.

Hauptgrund der schwerwiegenden Mängel war/ist der in demokratischen Systemen meist immanente schwerfällige bürokratische Apparat, ferner die kaum mehr zu bewältigende Informationsschwemme, welche wichtige Anzeichen verdeckt und die Zeit zum Nachdenken über Gefahren sowie ihre Reduktionsmöglichkeit durch soziale, finanzielle und politische Massnahmen anstelle von blossen Gewaltakten stiehlt.



Stiftung Cerebral

Mit dem Swimlift bequem und unkompliziert ins Schwimmbad

Die Stiftung Cerebral unterstützt öffentliche Schwimmbäder bei der Installation eines Swimliftes, mit dem Behinderte ohne fremde Hilfe ins Wasser gelangen können.

Nicht nur im Sommer bieten öffentliche Schwimmbäder eine willkommene Erfrischung und Entspannung im kühlen Nass. Vielen Behinderten bleibt dieses Freizeitvergnügen jedoch verwehrt, weil die öffentlichen Schwimmbäder nicht über geeignete Einstiegshilfen für Behinderte verfügen. Dieser Situation möchte die Stiftung Cerebral entgegenwirken, und in diesem Sinne werden auf Anfrage öffentliche Bäder beim Bau eines Swimliftes finanziell unterstützt.

So auch in Fiesch VS, wo das Sport- und Feriencenter Fiesch schon seit Längerem im Besitz eines solchen Swimliftes ist. Markus Albrecht, Technischer Leiter des Sport- und Feriencenters, zeigt sich begeistert vom Swimlift: «Wir haben im Jahr 1999 mit der Unterstützung der Stiftung Cerebral einen Swimlift bei unserem Hallenbadbecken eingerichtet. Das Echo der Behinderten auf diesen Swimlift ist sehr positiv und er wird auch rege benutzt.» Das Hallenbad des Sport- und Feriencenters Fiesch wird allwöchentlich vom Behindertenverein Oberwallis besucht und auch die behinderten Feriengäste freuen sich über die bequeme Möglichkeit, um ohne fremde Hilfe vom Beckenrand ins Wasser und wieder hinaus gelangen zu können.

Ein weiterer positiver Aspekt des Swimliftes ist für Markus Albrecht seine einfache Handhabung, da er mit wenigen Handgriffen demontiert und wieder aufgestellt werden kann: «Behinderte frequentieren unser Bad vor allem in den Randstunden, wenn sie ihre Ruhe haben und ungestört schwimmen können. Während der normalen Öffnungszeiten können wir so den Swimlift bei Nichtgebrauch einfach demontieren und später wieder einrichten!»

Von der Möglichkeit der Unterstützung durch die Stiftung Cerebral hat Markus Albrecht erst beim Einbau des Swimliftes erfahren. «Wir hatten uns da schon entschieden, für unsere behinderten Gäste diesen Swimlift anzubieten. Dass die Stiftung Cerebral diese Installation dann unterstützte, hat uns natürlich sehr gefreut», erzählt er.

Mehr Informationen zu den Swimliften und der Unterstützung der Stiftung Cerebral für die Installation in öffentlichen Schwimmbädern erteilt die Stiftung Cerebral unter dem Gratistelefon 0848 848 222.

Diese Medienmitteilung kann auch auf der Homepage der Stiftung Cerebral unter www.cerebral.ch heruntergeladen werden.

